

**Grußwort von Ulrich Hörning,
Bürgermeister und Beigeordneter für Allgemeine Verwaltung der Stadt Leipzig**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrter Herr Hoffmann, sehr geehrter Herr Bsirske, sehr geehrte Frau Brandl, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Delegierte des ver.di-Bundeskongresses, liebe Gäste. Herzlich willkommen in Leipzig. (Beifall)

Herzlich willkommen. Herzlich willkommen wieder in Leipzig. Schön, dass Sie wieder da sind. Es ist ja schon etwas Besonderes, dass eine Stadt zum wiederholten Male die Möglichkeit hat, Gastgeberstadt eines so großen Bundeskongresses zu sein.

Ja, was kann nach so einem Lied kommen? (Beifall) Ich werde in der Rede über einige Dinge reden: eben Zukunft, Vergangenheit und über Freiheit und die Rolle der Stadt Leipzig und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Aber ich möchte beginnen, nochmal ganz herzlich mich zu bedanken für die Gelegenheit für das Grußwort. Ich darf Ihnen an dieser Stelle auch die herzlichsten Grüße unseres Oberbürgermeisters, Burkhard Jung, ausrichten, welcher gerne auch selbst zur Begrüßung gekommen wäre, aber auf einer Auslandsreise in unserer Partnerstadt in Israel ist und deshalb leider hier nicht da sein kann.

Der eine oder andere wird sich jetzt fragen: Warum schickt denn die Stadt ausgerechnet den Verwaltungsbürgermeister zum Grußwort des Bundeskongresses der zweitgrößten deutschen Gewerkschaft? Den Bürgermeister, der als Personaldezernent die Arbeitgeberrolle hat und darüber hinaus auch noch im kommunalen Arbeitgeberverband engagiert ist? Genau deshalb: Herzlich willkommen. (Beifall)

Wir haben extra den Gruppenausschuss Verwaltung des kommunalen Arbeitgeberverbandes am Freitag noch hier in Leipzig tagen lassen, um sozusagen hier den Auftakt auch für ihren Bundeskongress zu liefern – Nein, aber das liegt natürlich in der Gestaltung, in der gemeinsamen Gestaltung von Guter Arbeit hier in Deutschland.

Es ist die gemeinsame Sache von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, konstruktiv und auch oft konfliktär in Tariffragen und in vielen anderen Dingen aufeinanderzutreffen, zusammenzuarbeiten und gemeinsam Entscheidungen zu tragen. Es ist der Streit der Tarifpartner um gerechte Entlohnung, um gerechte Arbeitsbedingungen, aber auch um die gerechte Altersvorsorge – dafür sind die Tarifpartner da – und dann auch den Abschluss von Tarifverträgen, die auch durchgehalten werden. Tarifverträge, an die wir uns als kommunale Arbeitgeber dann auch gebunden sehen. Ihre Arbeit als Dienstleistungsgewerkschaft entfaltet sich ja auch in vielen Sektoren unserer Wirtschaft, in denen solche Bindungen auf Arbeitgeberseite nicht bestehen.

Und gerade für diese Arbeit wünsche ich Ihnen natürlich auch besonders alles Gute – weil das sind die großen Herausforderungen, wo es um Gerechtigkeit und um Gute Arbeit zu streiten gilt. Unsere Arbeit, unsere gemeinsame Arbeit als Arbeitgeber und als

Arbeitnehmer ist aber im besten Sinne Streiten um Zukunftsgerechtigkeit, sowohl in der nahen als auch in der fernen Zukunft. Und das zentrale Leitthema dieses 5. Bundeskongresses ist Zukunftsgerechtigkeit. Was ist gerecht? War die Vergangenheit mehr oder weniger gerecht? Muss sich die Zukunft dafür von der Gegenwart unterscheiden?

Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft am Beispiel der Stadt Leipzig. Der Blick in die jüngste Vergangenheit führt mich zurück, der Bundespräsident hat es bereits erwähnt, in die Zeit der Jahre '89 und '90, insbesondere aber in die Zeit nach 1990. Als nach dem Erfolg der friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung hier in Ostdeutschland abertausende Menschen ihren Job verloren.

Dies geschah nicht nur in maroden und nicht ganz so maroden ehemals volkseigenen Betrieben und Genossenschaften, dies geschah auch in der öffentlichen Verwaltung. Bei der Stadtverwaltung Leipzig gab es ein eigenes Sachgebiet, Entlassungen, welches sich ausschließlich mit dem Schreiben von Kündigungen, Arbeitszeugnissen und anderen Dokumenten beschäftigte. Und eine besonders betroffene Berufsgruppe waren damals Erzieherinnen und Erzieher.

War das gerecht? War es gerecht für die Betroffenen? War es gerecht für die Beschäftigten im Personalamt, welche sicherlich auch Anfeindungen ausgesetzt waren? War es gerecht für die Steuerzahler in Ost und West, welche letztendlich den öffentlichen Dienst finanzieren? Ich glaube, wir können diese Frage nicht wirklich abschließend beantworten. Ich kann es jedenfalls nicht, auch weil ich nicht mit Gewissheit sagen kann, wie ich damals gehandelt hätte. Aber ich weiß, dass die Effekte dieser Kündigungen und dieses Verhaltens noch heute teilweise tief in dem stecken, was Verwaltung in Leipzig ausmacht.

Ich kann aber auch behaupten, dass wir heute, und damit sind wir in der Gegenwart, gerechter als in der Vergangenheit agieren. Wir agieren gerechter, weil wir es können und weil wir es müssen. Die Stadt Leipzig hat heute über 7.900 Beschäftigte, ist tarifgebundene Arbeitgeberin, wahrscheinlich eine der größten der Region, und wie viele andere Arbeitgeber sind wir auf der Suche nach Personal. Befristete Beschäftigung ist bei uns eine Seltenheit, der Anteil liegt bei unter vier Prozent. (Beifall)

Der demografische Wandel ist im vollen Gang und er wird sich noch verstärken, und in der gerade genannten Berufsgruppe der Erzieherinnen und Erzieher beschäftigen wir 1.900 Personen, Tendenz steigend. Wir gehen auch neue Wege. Wir werben offensiv mit besonderen Leistungen. Wir haben als eine der ersten Kommunen bundesweit, noch vor der jetzt vom BMFSFJ verabschiedeten Bundesförderung zur Erzieherausbildung, eine eigene berufsbegleitende Erzieherausbildung auf den Weg bekommen. Und wir haben hier wunderbare Menschen, die zu uns kommen und sagen „ich will Erzieher werden.“ Viele Menschen auch zur Mitte des Lebens, viele Männer auch, die sagen, das ist mein Beruf, den will ich jetzt noch mal ergreifen.

Und wir fördern diese Berufsausbildung auch bei freien Trägern in der Jugendhilfe. Und dabei, das ist mir besonders wichtig zu sagen, wissen wir auch die Gewerkschaft ver.di an unserer Seite, dass wir diese pädagogischen Berufe offenhalten. Das wir diese pädagogischen Berufe offenhalten, auch für Oberschüler, Aufsteiger und für Menschen, die was werden wollen, und nicht nur für Leute, die mit einem Abitur und einem Bachelor irgendwo rausfallen. Das ist ganz wichtig. (Beifall)

Die Aus- und Weiterbildungen hören aber bei der Stadt Leipzig nicht bei den Erzieherinnen und Erziehern auf. Hierzu sind wir als Arbeitgeber sogar noch weiter in Vorleistung gegangen. Anders als in fast allen Bundesländern gibt es in Sachsen und Bayern – ich sage es jetzt einmal für Sachsen: noch, Frau Kollegin Klepsch, keine landesgesetzliche Regelung über eine Bildungsfreistellung, auch landläufig Bildungsurlaub genannt. In Leipzig besteht aber seit diesem Jahr, genauer gesagt seit Februar, die Möglichkeit, eine gesonderte Bildungsförderung für alle Bediensteten der Stadtverwaltung und Eigenbetriebe wahrzunehmen: die Hinrich-Lehmann-Grube-Bildungsförderung. (Beifall)

Jetzt fragen Sie sich, wer ist Hinrich Lehmann-Grube? (Gelächter) Der Bundespräsident weiß es: Hinrich Lehmann-Grube ist der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, ehemaliger Oberstadtdirektor von Hannover. Ein ganz besonderer Deutscher, der leider vor zwei Jahren verstorben ist. Der die DDR-Staatsbürgerschaft angenommen hat, um im Mai 1990 in den Stadtrat von Leipzig gewählt zu werden, um dann Oberbürgermeister zu werden. Und in Gedenken an Hinrich Lehmann-Grube, diesen ersten demokratisch gewählten Oberbürgermeister, haben wir diese Bildungsförderung benannt, die unseren Beschäftigten ermöglicht, wie gesagt, drei Tage Freistellung zu erhalten mit dem Ziel der Förderung von demokratischer Haltung, der persönlichen und beruflichen Weiterbildung. (Beifall) Und dabei schreiben wir nichts vor, sondern die Beschäftigten entscheiden selbstbestimmt darüber, wie sie diese Bildungsförderung wahrnehmen wollen.

Und wenn ich also sage, dass wir als Stadtverwaltung heute gerechter handeln als in der Vergangenheit, dann tue ich das im Bewusstsein der genannten Beispiele. Aber handeln wir auch in Zukunft gerecht? Welche Fragen werden die Zukunft prägen? Welche Antworten werden wir finden müssen? Das können wir uns nicht aussuchen, hier sind wir zum Handeln verdammt von der Umwelt, die uns umgibt. Gleichzeitig können wir uns aber auch nicht entkoppeln von den großen Trends – Digitalisierung ist einer dieser globalen Megatrends, der uns natürlich auch hier in der deutschen Gesellschaft beschäftigt.

Wir müssen uns aber damit befassen. Es geht dabei um Datensicherheit und Datenschutz, es geht um Beschäftigungssicherung, um Qualifizierung, um Rechte und Pflichten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es geht um die Bedingungen und die Gestaltungsmöglichkeiten, es geht um Freiheit, Vielfalt von Meinungen, es geht um Hate Speech und Filterblasen, um die Herstellung von digitaler Souveränität gegenüber Digitalkonzernen, von Individuen und Unternehmen sowie von Staaten, aber auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Und mit Blick auf das Verhältnis von Gewerkschaft und Arbeitgebern appelliere ich hier für einen sehr offenen Dialog zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von öffentlicher Verwaltung im digitalen Zeitalter, aber

auch der gleichzeitig notwendigen Schutz- und Absicherungsfunktion der Mitarbeitenden.

Und wenn wir Datensicherheit und Digitalisierung in agiler Arbeitsweise sichern wollen, wie das die Bevölkerung sicher von uns verlangt, dann dürfen wir nicht intellektuell beim Volkszählungsurteil von 1983 stehenbleiben. Also: Lassen Sie uns hier ins Gespräch kommen und hier weiterdenken.

Ein zweiter Trend ist der Aufstieg von Populismus. Als gesellschaftliche Akteure müssen wir uns auch dieser Entwicklung stellen. Wir müssen ihr begegnen, wir müssen Demokratie und europäische Einigung selbstbewusst nach vorne verteidigen.

In Leipzig hatten wir das Jahr 2018 zum Jahr der Demokratie ausgerufen, aufgrund einer Initiative des Stadtrats. Das war zum 100-jährigen Jubiläum der deutschen Demokratie, zum 100-jährigen Jubiläum des Frauenwahlrechtes und ein Jahr vor den großen Erinnerungen an 30 Jahre friedliche Revolution – sozusagen die Hausaufgaben machen und schauen, wo unsere lokale Demokratie steht. Dabei ging es uns vor allem um das, was Bürger konkret erleben können im Stadtteil, in Beteiligungsprozessen, aber auch in so langweilig klingenden Gremien wie Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten. Wie ich finde, die Frontlinie der repräsentativen Demokratie, oft viel zu sehr vernachlässigt. (Beifall)

Es war ein Projekt, mit dem wir uns mit Stadtteilinitiativen, aber auch mit einer Demokratiestraßenbahn, die durch die Stadt fuhr und in der diskutiert werden konnte, um Fragen der Demokratie bemüht haben. Waren wir erfolgreich?

Die Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen in diesem Jahr waren von einer enorm gestiegenen Wahlbeteiligung geprägt. Das ist ein gutes Zeichen für die Demokratie. Gleichzeitig hat es aber auch zu einem Erstarken von Populisten, Einfachmachern und Demokratiegegnern geführt. Dieses Ergebnis war vielleicht nicht ganz so schlimm wie man es manchmal befürchtet hatte, aber es war ein starkes Erstarken und wir notieren es in dem Wissen, dass wir weiter kämpfen müssen und weiter kämpfen werden. (Beifall)

In etwas mehr als zwei Wochen werden wir in Leipzig einen städtischen Gedenktag begehen, der weit über die Grenzen der Stadt bekannt und von Bedeutung ist: den 9. Oktober. Am 9. Oktober – wir haben auch da dann die Ehre, den Bundespräsidenten zu begrüßen – gedenken wir der mutigen Menschen, die 1989 friedlich für mehr Demokratie in der ostdeutschen Diktatur auf die Straße gegangen sind.

Als Stadtverwaltung, als Maschinenraum des Gemeinwohls, wie ich das immer versuche zu pointieren, stellen wir uns auch dieser aus unserer Geschichte entsprungene Verantwortung. Wir schärfen diesbezüglich die Sinne unserer Bediensteten. Ich habe das schon erwähnt, mit der Bildungsförderung, aber wir greifen auch in quartalsweise stattfindenden Einführungsveranstaltungen für unsere Mitarbeiter oder in einem neuen feierlichen Rahmen für die Vereidigung unserer Beamten diese Themen auf.

Diese Vereidigung findet in Leipzig als Musikstadt natürlich mit einer musikalischen Umrahmung statt. Sie findet auch statt vor den vier Fahnen, die uns leiten. Leipzig, Freistaat Sachsen, Bundesrepublik Deutschland und Europa.

Und ganz selbstverständlich erklingt auch am Ende dieser Vereidigung unsere Nationalhymne. Dafür brauchen wir keine Hassmarschierer und keine Usurpatoren von Schwarz-Rot-Gold. Das machen wir in der freiheitlichen Tradition der Demokraten, vom ersten demokratisch gewählten Staatsoberhaupt Deutschlands (Beifall), dem ersten Präsidenten aus dem Arbeiterstande, Friedrich Ebert, der dieses Lied zu unserer Nationalhymne erklärt hat. (Beifall)

Und damit machen wir klar, die Stadt Leipzig ist nicht irgendeine rechtsstaatsgebundene, betriebswirtschaftlich optimierte Agentur, die öffentliche Dienstleistungen liefert. Die Stadt Leipzig ist nicht irgendeine ... – Entschuldigung, es ist sehr bewegend für mich. (Beifall)

Ich will diesen Teil schließen damit: Schwarz-Rot-Gold sind für uns keine bloßen Farben, Einigkeit und Recht und Freiheit sind für uns klare republikanische Verantwortung. (Beifall)

Ja, und ob wir jetzt auf meine anfänglichen Fragen nach Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zurückkommen und zukunftsgerichtet handeln werden, das liegt in unseren Händen. Heute können wir es nicht bewerten, aber es soll uns morgen und übermorgen die Maxime unseres Handelns sein.

Als Gewerkschaft stellen sie sich in den kommenden sieben Tagen ihrer Vergangenheit und auch ihrer Zukunft. Sie werden ihren bisherigen Vorsitzende – lieber Herr Bsirske, sie wurden schon oft genannt – nach erfolgreicher Tätigkeit ein letztes Mal entlasten und auch einen neuen Vorstand und zwei neue Stellvertreterinnen wählen.

Sie werden sich alten und neuen Herausforderungen stellen, die Ihnen sicherlich einiges abverlangen. Für den Bundeskongress und die weitere Zukunft wünsche ich Ihnen vor allem Erfolg, Inspiration, Gespür und selbstverständlich auch immer das notwendige Quäntchen Glück. Und vielleicht – man soll ja nie "nie" sagen – sehen wir uns in Zukunft wieder, beim dann sechsten ver.di-Bundeskongress hier in Leipzig, und wir können von Erfolgen und ein Stückchen mehr Gerechtigkeit in dieser Welt sprechen. Vielen Dank! (Beifall)